

04.03.2010

## Das Progressiv-Modell

### So werden Geringverdiener entlastet

In vergleichenden Studien zur **Steuer- und Abgabenlast** wird immer wieder festgestellt, dass die Einkommen von Gering- und Durchschnittsverdienern in Deutschland so hoch mit Sozialabgaben belastet sind wie in kaum einem anderen OECD-Land. Für Geringverdiener weist Deutschland nach Belgien die höchste Abgabenlast im OECD-Vergleich auf. Alleinerziehende mit geringen Löhnen sind besonders betroffen. Das bedeutet, dass es Berufstätigen sehr schwer fällt, auf eigenen Beinen zu stehen, wenn sie nicht mindestens zu den Durchschnittsverdienern gehören. Die hohen Sozialabgaben, die in Deutschland schon kleine Einkommen belasten, wirken sich wie eine unüberwindbare Hürde für den Zugang zu auskömmlicher Arbeit aus.

Deshalb sind es gerade die **kleinen Einkommen**, die entlastet werden müssen. Geringverdienern muss es leichter gemacht werden, von ihrem Einkommen zu leben. Das gelingt nicht über Steuersenkungen, wie von der FDP behauptet. Geringverdiener werden von Steuersenkungen gar nicht erreicht, weil sie überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Es gelingt nur über ein Konzept, das auch tatsächlich diejenigen entlastet, die arbeiten und die sich mit ihren Löhnen in den letzten Jahren immer weniger leisten konnten. Das grüne Progressiv-Modell verringert deshalb gezielt die Lohnnebenkosten für diejenigen, deren Einkommen vor allem von hohen Sozialversicherungsbeiträgen aufgezehrt werden.

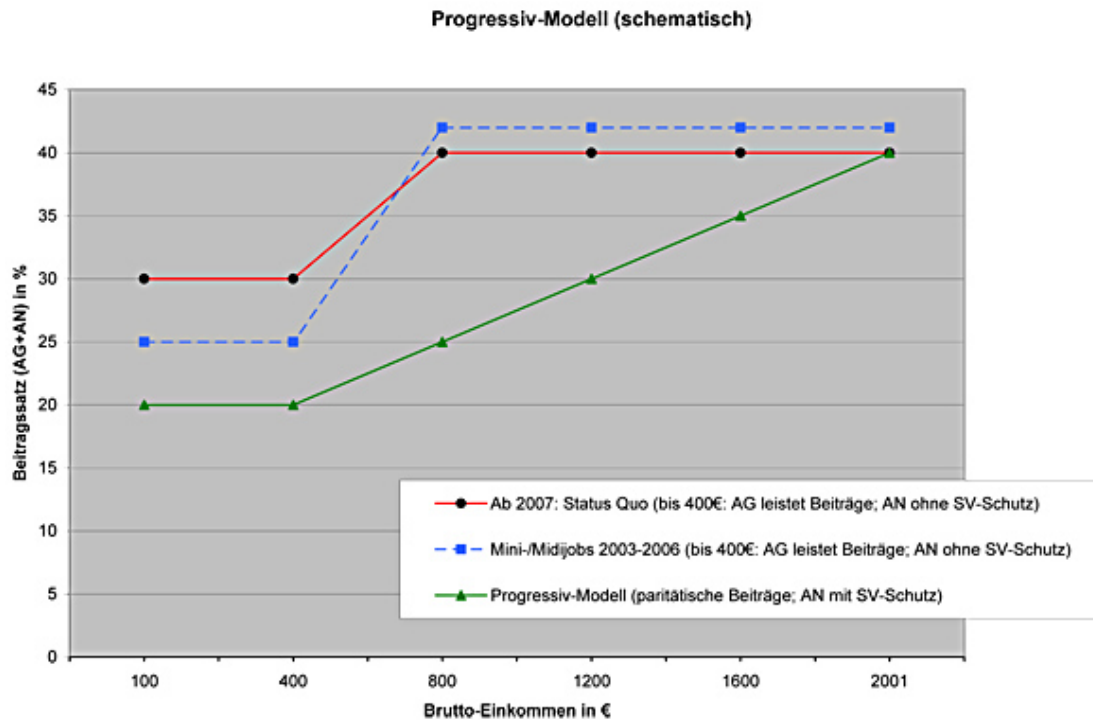
Das **Grundkonzept des Progressiv-Modells** ist folgendermaßen: Die Sozialabgabensätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen – wie bei der Einkommensteuer – progressiv mit dem Einkommen ansteigen. Für Menschen mit geringem Einkommen gibt es bisher zwar niedrige Steuersätze, aber keine vergleichbare Regelung bei den Beitragssätzen zur Sozialversicherung. Die Sozialversicherungsbeiträge haben die Form einer Flat-Tax, die diejenigen mit wenig Einkommen mit dem gleichen Beitragssatz belastet wie diejenigen mit hohem Einkommen. Das ist angesichts der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit ungerecht und mitverantwortlich für das hohe Armutsrisiko von Geringverdienern.

Der **Tarifverlauf des Progressiv-Modells** stellt sicher, dass die Entlastung bei denen ankommt, die sie brauchen. Bruttoeinkommen bis 2.000 Euro sollen entlastet werden, darüber gilt die normale Höhe der Sozialversicherungsabgaben von gegenwärtig zusammen rund 40 Prozent (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). In dem Bereich bis 2.000 Euro gibt es zwei unterschiedliche Abschnitte: Für Einkommen bis 400 Euro soll ein einheitlicher Beitragssatz von zusammen 20 Prozent gelten, ab 400 Euro bis 2.000 Euro sollen die Beitragssätze langsam und stufenlos ansteigen (siehe Graphik). Der entstehende Differenzbetrag zu den heute geltenden Beitragssätzen wird durch zusätzliche Steuermittel finanziert, die den Sozialversicherungsträgern zufließen und Beitragsausfälle verhindern.

Die bisherigen **Mini- und Midi-Job-Regelungen** gehen im Progressiv-Modell auf. Bisherige Mini-Jobber werden anders als bisher grundsätzlich Mitglied in den Sozialversicherungen. Die Beiträge werden nicht wie bisher vom Arbeitgeber allein getragen, sondern paritätisch von ArbeitnehmerIn und Arbeitgeber. Mit den Minijobs wäre so endlich eine überholte Beschäftigungsform im Niedriglohnbereich abgeschafft, die mangelhafte soziale Absicherung gewährt und in der geringe Stundenlöhne vorherrschen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist mit 23 Prozent in Deutschland auch deshalb so erschreckend hoch, weil Frauen viermal so häufig in geringfügiger Beschäftigung (Minijobs) arbeiten wie Männer (2008 waren es 12,6 Prozent aller erwerbstätigen Frauen im Vergleich zu 3,0 Prozent der Männer; Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009). Frauen in Minijobs sind bisher weder gegen Krankheit noch gegen Arbeitslosigkeit abgesichert, minimale Rentenansprüche erhalten sie nur gegen Zuzahlung.

Mit der Ablösung der Minijobs durch das Progressiv-Modell wäre endlich für eine **eigenständige soziale Absicherung der Beschäftigten** am unteren Ende des Arbeitsmarkts gesorgt. Dagegen stehen

Vorschläge insbesondere aus der FDP, die die Minijobs sogar noch ausweiten und die Grenze, bis zu der man arbeitet, ohne eigenständig sozial abgesichert zu sein, von monatlich 400 Euro auf 600 Euro anheben wollen. Das würde im Vergleich zu heute sogar zu mehr prekärer Beschäftigung und zu immer größer werdenden Löchern in der sozialen Absicherung insbesondere von Frauen führen. Das läuft allen Handlungsnotwendigkeiten entgegen und mißachtet alle vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen dazu.



nächste Seite: *Progressiv-Modell schafft neue Arbeitsplätze*

Mit der Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge im unteren Einkommensbereich schaffen wir schließlich auch die Voraussetzungen dafür, dass im Handwerk, bei Dienstleistungen und in vielen anderen Bereichen **neue Arbeitsplätze** entstehen können und die Schwarzarbeit zurückgeht. Ein Beispiel:

#### Der Friseurladen

Ein gelernter Friseur verdient im untersten Tarif (West) 1.300 Euro brutto. Dieser Friseur würde durch die reduzierten Sozialversicherungsbeiträge des Progressiv-Modells bei einem Bruttogehalt von 1.300 Euro rund 60 Euro an Beiträgen monatlich sparen. Sein Nettogehalt würde sich in diesem Umfang monatlich erhöhen. Im Jahr wären das 720 Euro mehr Nettoeinkommen.

Der Inhaber des Friseurladens spart annähernd dasselbe, da der Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge hälftig trägt (allerdings zahlt der Arbeitgeber 0,9 Prozentpunkte weniger beim Beitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung). In dem Beispiel spart er also rund 57 Euro an Beiträgen im Monat und rund 685 Euro im Jahr.

Für die Schaffung neuer Jobs beziehungsweise den Abbau von Schwarzarbeit bedeutet das:

Wenn der Ladeninhaber vier Friseure beschäftigt, die jeweils 1.300 Euro monatlich verdienen, dann ermöglicht ihm die Einführung des Progressiv-Modells im Vergleich zu heute Einsparungen von rund 230 Euro (4 mal 57 Euro). Diese Einsparung würde ihm ermöglichen, legal und vollständig sozial abgesichert einen fünften Friseur einzustellen. Denn die arbeitgeberseitigen Sozialversicherungsbeiträge für diesen fünften Friseur belaufen sich recht genau auf diesen Betrag: auf rund 200 Euro (**nach** Einführung des Progressiv-Modells, **derzeit** sind es rund 260 Euro).

Verkürzt kann man also sagen: **Aus vier Angestellten mach fünf**, und zusätzlich haben alle fünf ein höheres Nettoeinkommen als heute.

Die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge führt zwar zunächst zu Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungsträgern. Durch die Abschaffung der bisherigen Steuer- und Abgabenprivilegierung der Minijobs steigen jedoch umgekehrt die Einnahmen. Außerdem sinken die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II, da mehr Menschen aus Arbeitslosigkeit in Erwerbsarbeit wechseln. Insgesamt bleibt dennoch ein **Netto-Finanzierungsbedarf** von rund 6,5 Milliarden Euro, um die Absenkung zu finanzieren und gleichzeitig die soziale Absicherung von Geringverdienern bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter zu garantieren. In diesem Umfang ist also eine Gegenfinanzierung aus Steuern notwendig. Diese Umfinanzierung der sozialen Sicherheit von Abgaben hin zu Steuern ist jedoch beschäftigungspolitisch notwendig und steuerpolitisch möglich. Insbesondere die skandinavischen Länder haben uns vorgemacht, dass man mit stärker steuerfinanzierten Sozialsystemen Beschäftigung aufbauen kann.

Schwarz-Gelb will weit höhere Milliardenbeträge für **Steuersenkungen bei den Besserverdienenden** ausgeben. Das bedeutet eine Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Das ist der falsche Weg. Wir wollen dagegen zielgerichtet einen einstelligen Milliardenbetrag einsetzen, um Haushalte mit geringen Einkommen spürbar zu entlasten, ihre soziale Absicherung sicherzustellen und ihre Beschäftigungsaussichten zu verbessern. So würde der Trend zu schrumpfenden Nettoeinkommen umgekehrt und die Schere zwischen Geringverdienern und Besserverdienern ein Stück weit wieder geschlossen.

### **Mehr zum Thema**

OECD bestätigt: Arbeitslose in Deutschland eher gering abgesichert

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/327/327925@de.html>)

Mindestlohn (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327851@de.html>)

Lohnabstand (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327856@de.html>)

OECD bestätigt: In Deutschland sind Arbeitslose schlecht abgesichert.

(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/327/327925@de.html>)

Mindestlohn (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327851@de.html>)

Lohnabstand (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/327/327856@de.html>)